

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

17.5.1921 (No. 112)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Redaktion:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachamt  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, Selbe  
in Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Preise und Gangzettel bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Auslieferung und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Beschaffenheitsmangel, Betriebsstörung in eigenen Betrieben oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Baudarlehen für 1921.

Der Landtag hat unterm 11. Mai 1921 dem Arbeitsministerium für die Gewährung von Baudarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1921 den Betrag von 52 Millionen Mark bewilligt. Diese zunächst vom Reichsleihweise zur Verfügung gestellte Summe soll später durch die Wohnungsabgabe verjüngt und getilgt werden. Die Mittel des Arbeitsministeriums für Baudarlehen 1921 sind hierdurch wesentlich erhöht worden. Es wird deshalb möglich sein, erheblich mehr Wohnungsbauten mit Baudarlehen zu unterstützen; die Erhöhung soll aber auch dazu dienen, die den Gemeinden durch den Wohnungsbau erwachsenen großen Lasten zu mindern.

Für die Gewährung der Baudarlehen gelten die Vorschriften der Bekanntmachung der Reichsregierung vom 18. Februar 1921 und die Vollzugsbestimmungen des badischen Arbeitsministeriums vom 10. März 1921. Danach sind die Darlehen einmalige, nur bedingt rückzahlbare und zunächst unverzinsliche Beihilfen zur Förderung des Wohnungsbaues.

Diese Bestimmungen sowie die für Einreichung der Anträge an die Bürgermeisterämter vorgeschriebenen Vordrucke können durch die G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe bezogen werden.

#### Den Verkehr mit Brennholz.

Mit der in Nr. 28 des Gesetz- und Verordnungsblattes erschienenen Verordnung über den Verkehr mit Brennholz vom 7. Mai 1921 ist die Brennholzbewirtschaftung in der bisher durchgeführten strengen Form aufgehoben worden. Der Verkehr mit Brennholz ist nunmehr grundsätzlich frei. Als allgemeine Beschränkung ist lediglich die Überwachung des Verkaufes geblieben. Diese Überwachung ist notwendig, solange in den angrenzenden Ländern die Brennholzbewirtschaftung noch nicht vollständig aufgehoben ist, da sonst die erhebliche Gefahr des Abflusses großer Brennholzmassen nach außerbadischen Plätzen besteht.

Jedermann ist es nunmehr grundsätzlich anheimgegeben, seinen Brennholzbedarf nach Belieben zu decken. Um die Bedarfsdeckung muß jeder einzelne Verbraucher selbst besorgt sein. Um in den Gemeinden in denen die Brennholzbewirtschaftung besondere Schwierigkeiten bereitet, die Bedarfsdeckung zu erleichtern, ist lediglich noch vorgesehen, daß die Landesbrennholzstelle und die Forstämter von dem Großhändler die Abgabe von fertiggestelltem Brennholz an bestimmte Abnehmer zu den im Forstbezirk üblichen Preisen und Bedingungen verlangen können.

Als Abnehmer, die den Waldbesitzern bezeichnen werden, kommen regelmäßig nur die Gemeinden in Betracht. Es wird aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Landesbrennholzstelle und die Forstämter nur in Ausnahmefällen von der Befugnis, die Abgabe von Brennholz von Waldbesitzern zu verlangen, Gebrauch machen können. Nur um eine Kostensubvention kann es sich dabei handeln. Ausgeschlossen ist es, daß durch Vermittlung der Landesbrennholzstelle und der Forstämter der volle Brennholzbedarf in den Gemeinden beschafft werden kann, in denen die Eindeckung mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Für die Verteilung des ihnen durch die Landesbrennholzstelle und die Forstämter bereitgestellten Holzes sind die Gemeinden allein verantwortlich. Die Gemeinden werden, da sie mit der Vermittlung des ganzen Bedarfs nicht rechnen können, vor allem prüfen müssen, inwieweit sie mit den durch Vermittlung der genannten Stellen erhaltenen Mengen in erster Linie den Bedarf der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung sicherstellen. Unberücksichtigt müssen bei der Verteilung unter allen Umständen die Verbraucher bleiben, die ihren Brennholzbedarf aus eigenen Wäldern, aus dem Bürgerwald oder aus dem eigenen Betriebe (Sägewerksbetrieb, Betrieb des Holzverarbeitenden Gewerbes und dergleichen) zu decken imstande sind. Auch für die Verteilung des Brennholzes, das den Gemeinden auf Grund der bisher geltenden Bestimmungen bis zur Verkündung der neuen Verordnung für die kommende Versorgungsperiode zugewiesen wurde, bleibt die Verantwortung bei den Gemeinden und es ist nach gleichen Grundsätzen zu verfahren.

Die Bestimmungen des § 125a der Gemeinde- und des § 121a der Städteordnung ist noch in Kraft. Die Gemeinden werden daher zu prüfen haben, ob sie im Hinblick auf den Bedarf der Einwohner, die nicht gaholzberberechtigt sind, die Bürgerholzgabe vollständig in Natur verabfolgen können. Jedenfalls muß die Kürzung der Abgabe in Natur vorgenommen sein, bevor die Vermittlung der Landesbrennholzstelle oder des Forstamtes beantragt wird.

Auch die bisher geltende Höchstpreisregelung muß mit der Aufgabe der Brennholzbewirtschaftung, wie sie seither bestand, wegfallen. Die Bekanntmachung über Höchstpreise für Brennholz vom 28. Januar 1920 in der Fassung der Bekanntmachungen vom 21. April und 16. Dezember 1920 (Karlsruher Zeitung Nr. 26, 92 und 292) wird daher durch eine im Staatsanzeiger erscheinende Bekanntmachung von heute auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung über den Verkehr mit Brennholz aufgehoben. Vorbehalten ist lediglich, daß für das nach Maßgabe der bisherigen Vorschriften überwiesene Brennholz die Höchstpreise weitergelten und daß die in den Gemeinden gemäß § 11 der Bekanntmachung vom 28. Januar 1920 festgesetzten Verbraucherhöchstpreise in Wirksamkeit bleiben, bis sie von den Gemeinden aufgehoben werden. Die Aufrechterhaltung dieser Verbraucherhöchstpreise ist vorerst nötig, damit die Gemeinden ein Einwirken der Preise durch die Händler, die das zu den bisherigen Erzeugerhöchstpreisen den Gemeinden überwiesene Brennholz an die Verbraucher abgeben, verhindern können. Für den Fall, daß weiterhin das Bedürfnis nach einer Preisregelung hervortreten sollte, ist in der neuen Verordnung dem Gemeinde- oder Stadtrat die Befugnis zur Festsetzung von Verbraucherhöchstpreisen vorbehalten.

#### Die Petroleumbewirtschaftung.

Auf die Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 21. April 1921, betreffend Aufhebung der Verordnung über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände, sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Mit dieser Bekanntmachung ist die seither bestehende Petroleumbewirtschaftung außer Kraft gesetzt.

#### Die Landwirte u. die Steuererklärungen.

In einem Artikel mit der Überschrift „Wer soll die Steuerformulare ausfüllen?“, der zurzeit durch die Zeitungen geht, werden die Landwirte gewarnt, sich wegen Aufstellung der Steuererklärungen an die Steuerkommissäre zu wenden, und es wird ihnen empfohlen, von dem Recht der Selbstverpflichtung Gebrauch zu machen, die Steuererklärungen selbst aufzustellen und sich des Rats ihrer Organisation zu bedienen. Den Steuerkommissären wird vorgeworfen, daß ihnen in ihrer Mehrzahl das notwendige Verständnis für den landwirtschaftlichen Betrieb abgehe oder daß sie doch wenigstens im allgemeinen keineswegs geeignet seien, den Bedürfnissen und Verhältnissen des Betriebs Rechnung zu tragen. Schließlich wird behauptet, die Beweise eines autoritären und willkürlichen, ungerechten und oft sogar gesetzeswidrigen Vorgehens der Steuerkommissäre seien zahlreich genug.

Diese Ausführungen können nicht unberücksichtigt bleiben. Bei der Vielgestaltigkeit der Steuererklärungen und ihrer Abgabe, dem Reich und den Ländern sowie den Gemeinden möglichst große Einnahmequellen zu erschließen, ist es erklärlich, daß ihre Durchführung mit Schwierigkeiten verknüpft ist und nicht reibungslos verläuft. Die Ansichten des Steuerpflichtigen werden sich begreiflicherweise — zumal auf dem unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders schwierigen Gebiet der Bewertung des Vermögens und des Einkommens aus dem Betrieb der Landwirtschaft — nicht immer mit denen der Veranlagungsbeamten decken. Da es sich vielfach um die Anwendung neuer und schwieriger Bestimmungen handelt, ist es schließlich auch nicht zu verwundern, wenn Fehler vorkommen. Solche zu beseitigen ist das Rechtsmittelverfahren bestimmt.

Wenn in dem Artikel den Landwirten empfohlen wird, ihre Einkünfte selbst vorzunehmen und sich nicht an die Steuerkommissäre zu wenden, so kann dies niemand verwehrt werden. Es muß aber bei jedem sachlich berufenen Beurteiler das schärfste Versehen erregen, wenn in dem Artikel die Landwirte geradezu „gewarnt“ werden, sich den Steuerkommissären „anzuwenden“, und wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß zahlreiche Beweise eines „autoritären und willkürlichen, ungerechten und sogar gesetzeswidrigen Vorgehens“ der Steuerkommissäre vorlägen. Solche maßlose Behauptungen richten sich selbst. Die Steuerkommissäre sind bisher ihrer schweren Aufgabe mit außerordentlicher Hingabe und mit gutem Erfolg im Rahmen der Gesetze zum Nutzen der Allgemeinheit nachgegangen. Angriffe, die wie die erwähnten jedes Maß berechtigter Kritik überschreiten, müssen mit aller Entschiedenheit als ungerechtfertigt zurückgewiesen werden.

Die Steuerkommissäre werden sich durch solche Angriffe nicht abhalten lassen, in der Erfüllung ihrer Pflicht fortzuführen. Im Interesse der Allgemeinheit wäre es jedoch sehr zu beklagen, wenn durch Angriffe der bezeichneten Art das Vertrauen der Bevölkerung zu den Veranlagungsbeamten erschüttert werden sollte, wodurch den Veranlagungsbeamten ihre ohnedies schwere Aufgabe noch mehr erschwert würde.

#### Die ordentliche Zeichenlehrerprüfung für 1921.

Die diesjährige ordentliche Prüfung für das Amt als Zeichenlehrer und Zeichenlehrerin an Höheren Lehranstalten wird im Laufe des Juni d. J. abgehalten werden.

Wer sich dieser Prüfung unterziehen will, hat sein Gesuch um Zulassung zur Prüfung unter Anschluß der erforderlichen Nachweise spätestens bis 1. Juni dieses Jahres beim Unterrichtsministerium einzureichen.

### Polens „agressiver, unmäßiger, gieriger Nationalismus“.

Man schreibt uns:  
In der Unterhausdebatte vom 17. Februar d. J. hat Lloyd George Polens „aggressiven, unmäßigen, gierigen Nationalismus“ gegeißelt. Der englische Premierminister fand diesen Nationalismus bei Polen deshalb, weil die neue Republik erkärt habe, große Gebiete müßten wirtschaftlich zu ihr gehören, da sie vor 500 Jahren einen Teil ihres Landes ausgemacht hätten. Lloyd George warnte Polen vor solchen Ansprüchen u. a. mit der Mahnung: „Liebe Deinen Nächsten, das ist nicht nur gutes, rechtes Christentum, sondern auch gutes Geschäft“. Welchen Erfolg Lloyd George mit seiner Mahnung im polnischen Lager gehabt hat, zeigt die polnische Aufstandsbewegung in dem Lande, auf das er besonders angespielt hatte. Es erscheint dem Polentum offenbar als ein besseres Geschäft, den deutschen Nachbar bis aufs Blut zu haßen, wenn auch gleichzeitig der Versailler Vertrag und die Autorität der interalliierten Befehlsmächte über den Haufen geworfen, das Ergebnis der Volksabstimmung des 20. März mit Füßen getreten wird.

Nachdem aber diese schändlichen Rechtsverletzungen begangen sind, beilen sich polnische Febern, sie als Folgen eines Polen zugefügten „Unrechts“ zu beschönigen. Und zwar soll das Unrecht in dem „unnötigen Abstimmungsunfug“ bestehen, den Polen über sich ergehen lassen muß, ehe seine Grenzen festgesetzt werden! Die ganze Maßlosigkeit der nationalistischen Vier Polens kommt in dieser am 10. Mai vom „Kurjer Pognanski“ veröffentlichten Behauptung zum Ausdruck. Freilich, die neue Republik hätte Obereschlesien am liebsten ebenso „glatt“ geschludert, wie Posen und den westpreussischen Korridor. In dessen die Volksabstimmung in Oberschlesien als einen Unfug zu betrachten, war das Polentum solange weit entfernt, als ihm noch die Aussicht auf den Abstimmungssieg winkte. Und kaum hatte es statt des erwarteten Sieges eine schwere Niederlage davongetragen, da wurde diese in einen Sieg umgelogen. Erst jetzt, wo die Früchte des Siegeschwinds nicht voll zu reifen drohen, erklärt man die Volksabstimmung als solche für Unfug und Unrecht! Mit der Miene des bitteren Unbill Erduldenden beteuert der „Kurjer Pognanski“: Daß in der interalliierten Kommission sich Leute finden, die Oberschlesien dem Polen wegnehmen wollten, sei eine Schändlichkeit, vom Rechtsstandpunkte ein Verbrechen; am schmerzlichsten werde es empfunden, daß in dem ersten Augenblicke, in dem es sich um „Sein“ oder „Nichtsein“ der polnischen Republik handelte — denn dies sei die Bedeutung von Oberschlesien für Polen — diejenigen Mächte, mit denen Polen in Freundschaft leben wollte, ihm Knüppel zwischen die Beine wüfren.

Aber das Niveau so lustiger, dem „aggressiven, unmäßigen, gierigen Nationalismus“ entspringender Unrechtsphantasien, die dem verstümmelten Deutschland gegenüber vollends blasphemisch anmuten, erhebt sich in gewisser Richtung der konfessionale Krautauer „Ezas“. Er findet die durch den Aufruhr geschaffene Lage „unerhört gefährlich“, weil die Möglichkeit besteht, daß die Entente Deutschland die Restituirung der von den Aufständischen eingenommenen Gebiete zusage. Der „Ezas“ vom 6. Mai rät darum zur Besonnenheit: Mut und Entschlossenheit seien die schlechtesten Berater; der einzige berufene Faktor in so bedrohlichen und zweifelhaften Augenblicken sei die polnische Regierung; sie allein könne die Parole ausgeben, die Erfolg haben werde; die polnische Jugend sei bereit, den letzten Blutstropfen zu vergießen, man müsse aber die Gewißheit haben, daß dieses Blutopfer zum Ziele führe; die Laien, zu denen die Ausrufe im Lande aufforderten, müßten unter die Führung der polnischen Regierung gestellt werden. — Hier wird wenigstens mittelbar der gewalttätige Rechtsbruch als solcher anerkannt, die Gefahr der neuen Lage gewürdigt und die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes durch die Entente ins Auge gefaßt. Was der „Ezas“ damit im Vergleich zum „Kurjer Pognanski“ gut macht, hebt er jedoch andererseits durch die Strupplosigkeit wieder auf, mit welcher er es der Entscheidung der polnischen Regierung anheimgibt, ob die Republik Polen in aller Form die Sache des Aufstandes zur ihrigen erklären soll oder nicht. Daher kommt auch hinter dieser „besonnenen“ Polentimme der von Lloyd George gebrandmarkt „aggressive, unmäßige, gierige Nationalismus“ zum Vorschein, der sich nicht scheut, für Gegenwart und Zukunft blutige Saat auszustreuen.

## Politische Neuigkeiten. Reichskanzler Dr. Wirth zu den Tagesfragen.

Der Berliner Korrespondent des „Newport Herald“ hat mit dem Reichskanzler Dr. Wirth eine Unterredung gehabt. Dr. Wirth sagte:

Wenn Amerika an dem Frieden Europas Interesse hat, muß es unverzüglich für eine schnelle und gerechte Lösung des oberschlesischen Problems sorgen. Solange die Feuer in den polnischen Kriegsblättern nicht ausgelöscht sind, kann kein Friede sein. Alle anderen Probleme hängen davon ab, daß Deutschland das Recht erhält, welches ihm durch die Volksabstimmung zugesprochen worden ist. Europa muß endlich mit der Arbeit beginnen, aber Arbeit kann nicht mit der Bläse in der Hand getan werden. Wie soll Deutschland arbeiten, wenn noch ein polnischer Diktator wie Korfanty auf deutschem Boden steht? Wenn die Alliierten nicht bald zeigen, daß sie ihre Macht ausüben wollen, dann wird es außerordentlich schwer sein, die deutsche Bevölkerung daran zu hindern, daß sie sich selber hilft.

Der Korrespondent erzählt, daß Lord D'Abernon dem Kanzler einen Besuch gemacht hat und die gleichen Anschauungen von ihm vertreten hörte. Auch der englische Vorkämpfer war der Meinung, daß es von äußerster Wichtigkeit sei, Amerikas Ansicht über die Lösung der oberschlesischen Frage nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles kennen zu lernen. Als der Kanzler gefragt wurde, ob und wie Deutschland die Milliarden zahlen würde, antwortete er: „Auch das ist ein Teil des oberschlesischen Problems.“

Der Kanzler sagte ferner, daß er hoffe, die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei für die Regierung zu gewinnen. Er versicherte, daß Deutschland die Kraft habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die bayerischen Gewehre und die Kanonen der Ostfront würden ausgeliefert werden, und die erste Zahlung würde den guten Willen Deutschlands klar beweisen.

## Der Eindruck der Rede Lloyd Georges in England.

London, 16. Mai. Die gesamte Presse befaßt sich eingehend mit der durch die oberschlesische Frage geschaffenen Meinungsverschiedenheit zwischen den alliierten Regierungen, insbesondere zwischen England und Frankreich. „Times“ überschreibt ihre Ausführungen „Die Entente in Gefahr“. „Daily Telegraph“ erklärte, in den Mäuten der alliierten Mächte herrsche eine ernste Spannung. „Daily Telegraph“ sagt, die englisch-französischen Beziehungen seien schlechter wie nur je seit Jaschoda und erwähnen die Möglichkeit eines endgültigen Bruches. „Daily Chronicle“ spricht von erneuten Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen und französischen Regierung, zweifelt jedoch nicht daran, daß diese überbrückt werden. „Morning Post“ sagt, die Lloyd George sehr heftig angreift, und ihm vorwirft, daß seine polenfeindliche Politik ihm von seinen jüdischen Kalgebern eingegeben worden sei, stimmen alle Blätter, selbst „Daily Herald“, Lloyd Georges Politik gegenüber Polen zu. Der Letztere erklärt, Lloyd George, der bisher an den Hochschulen der französischen Reiter geblieben habe, stehe endlich auf eigenen Füßen. „Daily Express“ fordert zur Unterzeichnung Lloyd Georges auf und erklärt, Frankreich könne nicht Europa beherrschen. Die polnische Ungeheuerlichkeit dürfe nicht triumphieren. „Daily Express“ gibt Deutschland den Rat, sich ruhig zu verhalten in der Gewissheit, daß ihm die strenge Gerechtigkeit widerfährt und daß sich die Polen hinter ihre natürliche Grenze zurückziehen müssen. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt, das britische Kabinett stehe einmütig hinter Lloyd Georges Erklärung im Unterhaus über die oberschlesische Frage. Im Leitartikel führt die „Times“ aus, Lloyd George habe am Freitag nicht gesagt, daß man es Deutschland gestatten wolle, in Oberschlesien auf eigene Faust die Ordnung wieder herzustellen. Das Blatt ist der Ansicht, ohne Wiederherstellung Polens sei ein dauernder Friede in Europa unerreichbar. Polen müsse im eigenen Interesse den Versailler Vertrag peinlich achten. „Times“ ist der Ansicht, nicht wieder gutzumachender Schaden könne der Lage des europäischen Friedens und daher auch Frankreich zugefügt werden, wenn die Schwierigkeiten einer oberschlesischen Regelung als Vorwand für eine Besetzung des Ruhrgebiets oder anderer Teile Deutschlands benutzt würden.

## „Expressionismus oder Anarchie“.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Bad. Landeszeitung“ in ihrer Nr. 110 vom 13. Mai ein längerer Artikel gegen die Richtung der Kunstthale ist der Redaktion der „Landeszeitung“ unter dem 14. Mai folgende Berichtigung zugegangen:

- Unrichtig ist die Behauptung, daß mit dem Erlöse der verkauften Werke der Anstrich von Wänden oder sonstige Einrichtungsbearbeitungen bezahlt wurde. Richtig ist vielmehr, daß der Erlös ausschließlich für den Erwerb von Gemälden und Skulpturen verwendet wurde. Anstrich und Einrichtung sind bestimmungsgemäß aus den budgetmäßigen Betriebsmitteln sowie aus Schenkungen bestritten worden.
- Unrichtig ist, daß Almeister Thoma mit der Neuordnung seines Museums ungenügend ist. Richtig ist, daß er die Arbeiten ausdrücklich gebilligt und nur einmal einen Wunsch geäußert hat, dem sofort entsprochen wurde.
- Unrichtig ist, daß irgend ein Saalanstrich einmal oder gar wiederholt heruntergewaschen wurde. Richtig ist, daß die Proben in kleinen Flächen so sorgfältig angelegt und studiert wurden, daß kein Saalanstrich vergebens war und beseitigt werden mußte.
- Unrichtig ist, daß das neuverordnete Altarbild nicht nachweislich aus Kuppenheim stamme, von Cassierer erworben sei, 100 000 M. gekostet habe und keinerlei besondere Vorzüge besitze. Richtig ist, daß das Bild nachweislich aus der Kirche in Kuppenheim b. Raftat stammt, in Süddeutschland gekauft ist, 18 000 M. gekostet hat und nach dem Urteil aller Sachverständigen besonders ikonographische, kunstgeschichtliche und rein künstlerische Vorzüge besitzt.
- Unrichtig ist, daß die dem Hausbuchmeister zugeschriebene neuverordnete Kreuzaufnagelung eine ziemlich moderne Arbeit mit der äußeren Stileigentümlichkeit einer früheren Periode ist und einem Berliner Kunsthändler zum Kauf angeboten worden ist. Richtig ist, daß alle Sachverständigen ausnahmslos die Echtheit und den seltenen Wert des Gemäldes zurückgewonnene Bild niemals irgend wem wieder zum Kauf angeboten worden ist und angeboten werden wird.
- Unrichtig ist, daß die Erwerbungen auf dem Gebiete der neuen und neuesten Kunst in der großen Mehrzahl aus dem Lager der extremsten Richtungen stammen. Richtig ist, daß diese Erwerbungen ohne Bevorzugung irgend einer Richtung und mit betonter Zurückhaltung gegenüber den neuesten Kunstformen erfolgt sind.

## Schlecht informiert, doch nicht erstaut.

Ministerpräsident Briand hat als Antwort auf die Rede Lloyd Georges im Unterhaus einem Vertreter des „Temps“ erklärt, der Auszug aus der Rede des englischen Premierministers, den er besitze, sei zu unvollständig, als daß er ein endgültiges Urteil abgeben könne. Er sei jedoch nicht erstaut gewesen, daß der französische Standpunkt von dem Lloyd Georges wesentlich abweiche. Der englische Standpunkt werde beeinflusst von der Ansicht des britischen Kommissars in Oberschlesien, der von der Ansicht des französischen Vertreters und auch in gewisser Beziehung von der des italienischen Kommissars abweiche. Es sei wünschenswert, und das sei auch die Ansicht der französischen Regierung, daß man den drei Kommissaren die unbedingt nötige Zeit lasse, um ihre verschiedenen Ansichten auszugleichen und gemäß dem Vertrage einen einheitlichen Vorschlag hinsichtlich der Grenzlinie zu machen. Es sei sicher ein Irrtum gewesen, von der Kommission in drei oder vier Tagen einen Bericht über eine so heikle Sache zu verlangen, der erst hätte in Angriff genommen werden können, nachdem das Ergebnis der Abstimmung Gemeinde für Gemeinde endgültig habe bestimmt werden können. Es seien drei verschiedene Berichte erstattet worden, die die Alliierten noch nicht hätten gemeinsam prüfen können. Das sei der Grund der Unruhe; aber auch die falsche deutsche (nicht deutsche, sondern polnische, was selbst der „unvollständig unterrichtete“ Herr Briand eigentlich wissen müßte; Red.) Nachricht über den endgültigen Charakter der Zustimmung des Industriegebietes in Deutschland entgegen dem Ergebnis der Volksabstimmung trage die Schuld daran. Das Übel könne wieder vollständig gut gemacht werden, denn die interalliierte Kommission habe ihre volle Pflicht getan, ohne in irgendeiner Weise mit den Aufständischen zu partiiieren, noch einen Waffenstillstand mit ihnen abzuschließen, wie es die deutsche tendenziöse Propaganda, die die Welt überflutet, gesagt habe. Die französischen und italienischen Truppen hätten Verluste an Toten und Verwundeten erlitten und ihren ganzen Einfluß aufgewandt, um die Unruhen zu bekämpfen. Die Ruhe sei beinahe wieder hergestellt, man habe einen direkten Kampf zwischen den Deutschen und polnischen Verbänden verhindert. Er glaube, daß man bald wieder eine normale Lage, wie sie der Friedensvertrag vorgesehen habe, erreichen werde, da die polnische Regierung die Grenze abgeperrt und jeden Durchgang von Freiwilligen nach Schlesien verhindert habe, vorausgesetzt allerdings, daß man nicht die Erregung der deutschen Verbände (!) zu befürchten hätte, die sich immer zahlreicher an der schlesischen Grenze bildeten, die deutscherseits offen gehalten worden sei. Er sei sicher, daß, wenn man die Deutschen ermutigt hätte, mit Gewalt in Schlesien einzugreifen, eine höchst ernste Lage geschaffen worden wäre. So tadelnswert der polnische Zustand auch sei, er spiele sich nur im Innern Schlesiens ab, da die polnische Regierung vernünftig genug gewesen sei, auf die Anordnung der Alliierten hin nachzugeben und sich mit den Aufständischen nicht förmlich zu erklären. Ein direktes Eingreifen der deutschen Regierung mittels eines von außen her organisierten Heeres, um mit Gewalt die schlesische Frage zu lösen, würde eine Verletzung der Grundzüge der Volksabstimmung und der Entscheidungen des Vertrages von Versailles bedeuten haben, der für die französische und englische Regierung die einzige feste und gerechte Grundlage für die Regelung der Frage bilde. Die französische Regierung habe nichts unterlassen, die ernsteste Aufmerksamkeit der Berliner Regierung auf ihre Verantwortung zu lenken, denn ein direktes deutsches Vorgehen würde eine verhängnisvolle Gegenwirkung in Polen zur Folge haben und vielleicht eines der Ziele des Kampfes und des Gerechtigkeitsprinzips (Briand spricht von Gerechtigkeitsprinzip!) in Frage gestellt haben, was keine der Mächte dulden könnte. Die schwierige Lage, in der sich die interalliierte Kommission befindet, rühre im wesentlichen daher, daß die Verantwortung und die Lasten, die zwischen den vier Mächten hätten verteilt werden müssen, allein auf die französischen und die italienischen Truppen beschränkt worden seien. Es wäre nicht billig, ihnen ihre Ohnmacht vorzumwerfen, nachdem man ihnen so schwere Aufgaben überlassen habe, wo doch beide (?) Teile ihre Pflicht getan hätten.

Der englische Premierminister habe, nach den Presseberichten zu schließen, gesagt, Oberschlesien sei seit Jahrhunderten ein deutsches Land und die polnische Bevölkerung sei erst seit kurzem hinzugekommen.

In seinen weiteren Ausführungen suchte Briand diese Tatsache durch allerlei Scheingründe als historisch unrichtig hinstellen. Weiter erklärte er:

Ein Punkt stehe für ihn außer Frage: man dürfe das oberschlesische Problem nicht mit dem Reparationsproblem verquiden. In Artikel 90 des Friedensvertrages von Versailles sei die Lage der schlesischen Gebiete, die eventuell an Polen fallen sollen, genau dargelegt und für die Dauer von 15 Jahren die Lieferung der Erzeugnisse der Bergwerke ohne Zölle und Einschränkungen an Deutschland vorgesehen. Briand erinnerte auch noch daran, daß die polnische Regierung Vorschläge gemacht habe, sich im Verhältnis an den Reparationskosten für das schlesische Gebiet, das ihr zugeteilt würde, zu beteiligen. Sie habe sogar der Errichtung einer industriellen und wirtschaftlichen Kontrolle für die Alliierten für die Bergwerksbezirke zugestimmt. Briand wies schließlich noch auf Artikel 88 des Friedensvertrages hin, in dem bestimmt werde, daß das Abstimmungsergebnis Komture für Komture festgelegt und daß die Grenzlinie unter Berücksichtigung der von den Bewohnern ausgedrückten Wünsche und der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften entsprechend festgelegt werde. Schließlich meint Briand, die Stimme eines Arbeiters habe eben so viel Wert, wie die Stimme eines reichen Industriellen. Man könne also nicht zulassen, daß die Industriebezirke, in denen die polnische Arbeiterbevölkerung in großer Mehrheit sei, dem großen deutschen Besitz geopfert würden.

## Französische Liebenswürdigkeiten für Lloyd Georges.

Die Pariser Blätter sind am Werk Lloyd Georges als Tölpel und Geisteskranken hinzugefallen. „Deuxième“ erklärt durch den Mund seines Herausgebers, Gustav Ferri, während der Konferenz in London habe eine Depesche besagt, England habe Frankreich autorisiert, zu mobilisieren. Frankreich habe also England vergebens um die Erlaubnis bitten müssen, respektiert zu werden. Er habe sich gefragt, ob man diesen für die nationale Würde beleidigenden Ausdruck nicht festnageln müsse. Vorgefesselt nun habe Lloyd George den Augenblick für gekommen gehalten, um Frankreich ausdrücklich etwas zu versprechen zu geben und er habe das mit einer so gewöhnlichen Inkonsequenz gemacht, daß sie einer Provokation ähnele. Ganz Frankreich stehe heute hinter Briand, der sich bereit habe, die Antwort zu geben, die die nationale Ehre erforderte. „Domme libre“ schreibt, jeder vernünftige Franzose, der die Rede Lloyd Georges gelesen habe, werde sagen, das ist vielleicht ein sehr intelligenter, ein sehr geschickter, ein sehr harter Mann, aber er ist ein Tölpel.

Bertinax schreibt im „Echo de Paris“: Die Forderung des Herrn der Downingstreet hat bewiesen, daß er augenblicklich nicht genügend Kaltblütigkeit besitzt. Es sei also gut, ihm Ruhe zu geben, damit er wieder Sinn gewinne für das Maß, das ihm in seinen guten Tagen eigen gewesen sei. Ein wenig Ruhe und Erholung sei notwendig; ein Golfpartie auf grünen Rasen unter friedfertigen Schemeln. Bertinax ist übrigens nicht von den Erklärungen Briands erbaut. Er will nicht, daß er in Leidenschaft und Unklugheit mit seinen englischen Kollegen rivalisiere. Er habe von ihm eine klare These und einen bestimmten Ton erwartet. Das gesamte Industriegebiet müsse Polen zugeteilt werden, weil die Polen 381 000, also 20 000 Stimmen mehr (?) als ihre Gegner erzielt hätten. Die Stimmen in den deutschen Städten kämen von keiner autochthonen Bevölkerung, sondern von Eingewanderten. Diesen Gedanken müsse man popularisieren, damit der französisch-englischen Freundschaft eine unangenehme Belastungsprobe erspart bleibe.

## Italienische und amerikanische Stimmen.

Die „Idea Nazionale“ hält dem Grafen Sforza Lloyd Georges Rede als ein Muster politischer Einsicht und Energie vor. Solche männlichen Worte hätte vor allem der Außenminister Italiens, das in Oberchlesien stärkste Verluste an Blut und Ansehen erlitten habe, sprechen und gleichzeitig die Ausführung des Friedensvertrages programmatisch proklamieren sollen. Denn letzteres sei, wie Lloyd George richtig hervorgehoben habe, keineswegs französisches Monopol. Die französische Presse müsse, statt Lloyd George anzugreifen, endlich einsehen, daß Frankreich, genau wie seine anderen Partner, durch den Vertrag gebunden sei und diesen nicht willkürlich abändern könne. Rolle der Verband nicht genügend eigene Kräfte nach Oberschlesien senden, so müsse er die angebotene deutsche Hilfe annehmen. Mit allen diesen Wahrheiten hätte Graf Sforza Lloyd George zuvorkommen müssen.

Wie aus Newport berichtet wird, glaubt die amerikanische Presse, daß die Unterhausrede Lloyd Georges über Oberschlesien die Luft reinigen würde. „Newport World“ meint, daß

## Konzert = Wochen = Rückblick.

Um die vom Bachverein in veranstaltete Kammermusikführung im Eintrachtssaal, über die noch zu berichten ist, machte sich besonders der Vorsitzende dieses Vereins, Herr K. Wallig, verdient. Die Einführung, die dieser ausgezeichnete Dirigent und Forscher gab, zeugte von einer tiefgründigen Kenntnis der Bachschen Musik, ihrer Formen- und Stilbildung. Wie sich die Einführer der italien. und franz. Musik in seinen Tonschöpfungen auswirkten, wie sie Form und Inhalt bereicherten und belebten, diese musikalisch interessanten Fragen erfuhren eine seltene und geistvolle Beleuchtung. Es ist klar, daß Einführungen, wenn sie in dieser Weise gegeben werden, ungemein anregend und gemütvördernd sein können. Sie erschließen nicht nur dem Musikstudierenden das tiefere Verständnis für nicht leicht faßliche Werke, sie erhöhen auch den künstlerischen Genuß des Laien, der ohne Führer beim Hören polyphoner Kompositionen gar zu leicht den Faden verliert und im Dunkeln tappt. Wenn sich dann an eine solche Einführung eine stilvolle Interpretation der besprochenen Werke anschließt, wie dies hier der Fall war, wenn sich wirkliche Künstler zusammenfinden, um das klangliche Leben aus der Partitur zu erwecken, dann tritt zur geistigen Bereicherung das seelische Erleben und gibt dem Hörer einen bleibenden Gewinn. Die beiden Triosonaten von Bach und Handel für Flöte, Violine und Violoncello mit hinzutretendem Clavicembalo, denen man im Konzertsaal nur selten begegnet, brachten Fel. Marg. Schewerkert (Violine) und die Herren Spittel (Flöte), Schmitt (Violoncello) und Karle (Cembalo) in sorgfältiger Einstudierung, klanglich und rhythmisch fein abgemessen, zu Geböde und erzielten warmen Beifall. Wenn sich diese Art Konzerte erst mal eingebürgert haben, wenn ihre künstlerischer und pädagogischer Wert erkannt ist, dann werden sie sich sicherlich bald auch eines besseren Besuchs zu erfreuen haben, was in jeder Hinsicht wünschenswert ist.

In einem nur eigenen Kompositionen gewidmeten Abend brachte Hans Schorn neuere Werke zur Aufführung, neben einer ganzen Reihe von Liedern vor allem eine dreisätige Violin-Klavier-Sonate in G-moll, eine Violin-Klavier-Sonate in C-moll und drei kleinere Violin-Klavierstücke. Hans Schorn steht stilistisch auf dem Boden jener jungdeutschen Musikgeneration, die dem modernen Tondichter auf tonalem Wege neue Ausdrucksmöglichkeiten zu erschließen bestrahlt ist. Die Differenziertheit der seelischen Eindrücke hat zu einer Differenzierung der Klang-

lichen Gebilde geführt. Ein zerkleinerndes Element ist damit in das fest gefügte Gehäuse der Musik gedrungen. Es ist auch hier ein Geist der Auflesung am Werke gegen alte, überkommene Gesetze der Konformität, an die sich der moderne Komponist nicht gebunden fühlen will. Wo sie ihn hindern an der Expression seiner Empfindungen, setzt er sich über sie hinweg um der größeren inneren Wahrheit willen. Es herrscht das Prinzip der Lockerung, ja Auflösung der Form. Das pathetische, erschütternde Schauspiel, das der wühende Kampf des nach Ausdruck strebenden Geistes gegen das musikalische Gesetz in einer Beethovenischen Komposition darbot, erleben wir am modernen Komponisten nicht. Er leidet nicht an seinem Werk, er gebiert es nicht unter Schmerzen; auch heute noch ein Ringen um Ausdruck dessen, was der Einzelne empfindet und mitteilen möchte, aber nicht das heroische Ausmaß des titanischen Kampfes, nicht das geniale Überwinden von Widerständen, die die tiefst gelagerten Kräfte aus der Brust schlagen. Ein rascheres Ermaten, eine Laubheit, ja Nachgiebigkeit charakterisiert die Moderne. Der atemungslose Hörer wird vor klangliche Mästel gestellt, die sein Ohr nicht nur überrasten, sondern oft verblethen und quälen. Hier liegen Hemmungen, die nicht ohne weiteres überwunden werden können, und die moderne Musik muß erst noch an einem Werk von zwingender Gewalt den Beweis für die Berechtigung des mit so großer Kühnheit beschrittenen neuen Weges erbringen. Dies allgemein zur Charakterisierung unserer jüngsten Musikergeneration.

Hans Schorn, der als Musikschaffender ein überzeugter Anhänger dieser modernen musikalischen Experimente ist und ihnen in Kritik und Auffass die Wege zu ebnen sich bemüht, zeigt sich in seinen eigenen musikalischen Produktionen bezeichnend zurückhaltender als seine Vorkämpfer. Er bedient sich sogar sehr oft der uns vertrauten Elemente der Musik und greift nur gelegentlich zu den modernen tonalen und rhythmischen Freiheiten. Jedemfalls bewegt sich Schorn weder in der Violin-Klavier-Sonate noch in der Klavier-Sonate in ausgeprochen modernem Fahrwasser. Die angeführten Werke dürften vielleicht mit einem Recht als solche einer Übergangszeit charakterisiert werden, wo der Musiker in Schorn noch um Befreiung von musikalischen Formen und Formeln ringt, die der Musikfähigkeit in ihm bereits überwunden hat. Von den beiden Instrumenten ist ihm das Klavier vertrauter als die Violine. Aus dem Klavier holt er sich mit sicherem Griff die Farben und Klänge, die er als Ausdruck seiner Empfindungen braucht. Dem klanglichen Reichtum und der Individualität der Violine steht er noch befangen gegenüber. Als Liedvertoner bekundet Schorn eine vielversprechende Begabung.

die Worte des englischen Premierministers ebenso an die Franzosen, wie an die Polen gerichtet waren. Das Blatt schreibt: Wenn nicht durch eine feste internationale Autorität das Vertrauen wieder hergestellt wird, dann werden die Folgen furchtbar sein. — Die „New York Times“ erklären, Polen habe kein anderes Recht auf Oberschlesien als das, welches der Friedensvertrag ihm gibt. — „New York Globe“ schreibt, die Alliierten seien ebenso verpflichtet, Deutschland gegen ungerechtfertigte polnische Angriffe zu schützen, wie umgekehrt. — Wie weiter gemeldet wird, verfolgen die Regierungskreise in Washington die Lage mit Aufmerksamkeit.

### Wer lügt?

Nach einer Meldung der „Rostocker Zeitung“ aus Breslau widerlegt Koranyi die Behauptung Leonas über das Nichtbestehen eines Abkommens mit den Invasoren durch die Veröffentlichung eines Tagesbefehls, demzufolge die Festlegung der Demarkationslinie und der Waffenstillstand unterzeichnet worden sei von dem französischen Oberst L. Adam, dem italienischen Oberleutnant Biraggi, dem englischen Hauptmann Gassel und seitens der Polen von den Kommandierenden Haupt, Glemski, Polki und Radowski. Dieses Abkommen sei General Leonas übermittlelt worden.

### Die drei großen Gewerkschaftsrichtungen der deutschen Arbeitnehmerschaft

Haben, getragen von der Sorge, daß das deutsche Obereschlesien zu einem Teil den Polen zugesprochen werden könnte, entsprechende Schritte bei den Berliner Vertretungen von England, Frankreich und Italien unternommen.

### Die französischen Arbeiter gegen die Gewaltpolitik.

Im Nationalrat der C. G. T. wurde mit 85 gegen 29 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen eine Resolution angenommen, in der protestiert wird gegen die gewaltsame Lösung des Versailler Vertrags, die die Regierung zur Anwendung von Sanktionen und militärischen Interventionen gegen das deutsche Volk geführt habe. Die Erklärung wendet sich gegen die Mobilisierung und erklärt, man rufe ab von einer Politik, die die Jugend des Landes in Verwirrung bringe mit den Streitigkeiten der Kaserne und neue Schmerzen zu denen füge müsse, die der Krieg verursacht habe. Die Resolution verurteilt die Maßnahmen, die dem deutschen Proletariat allein die Folgen des Krieges und die Reparationspflichten auferlegt. Die Befreiung des Ruhrgebietes wäre ein internationales Verbrechen gewesen. Die Tatsache, daß man die Lasten des Krieges allein von den Arbeitern zahlen lassen wolle, sei unerträglich.

### Kurze polit. Nachrichten.

- Die Aufhebung der Sanktionen. Reuters meldet aus Berlin: Während die Alliierten bisher zu keinerlei Beschlüssen bezüglich der Deutschland nach der Londoner Konferenz im März auferlegten Zwangsmaßnahmen gekommen sind, erfährt Reuters Berichterstatter, daß die britische Regierung im Hinblick auf die Annahme des Ultimatums der Alliierten durch Deutschland für die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen ist. Besonders über die rheinischen Zölle und die Befreiung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sei ein Meinungsaustrausch zwischen den Alliierten im Gange.
- Deutschland und Amerika. „Tribune“ meldet aus Washington, von hervorragenden Personen in New York werde erklärt, das Mitglied des Kongresses Hanson Southerland werde wahrscheinlich demnächst zum Vizepräsidenten in Berlin ernannt werden. Southerland ist eine kaufmännische Autorität und genöß einen Teil seiner Bildung in Berlin.
- Die Gemahlin des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ist nach achtmonatiger schwerer Krankheit im 61. Lebensjahre gestorben.
- Die Freigabe der Butter- und Rindfleischfuhr. Durch Verordnung des Reichsernährungsministers ist die Einfuhr von Butter und Käse von heutigen Tage an freigegeben worden. Ausländische Butter und ausländisches Rindfleisch unterliegen nicht der Versteigerung und Verbrauchsregelung der Kommunalverbände und Gemeinden.
- „Rote Hilfe“. Nach Meldung der „Halle'schen Nachrichten“ bedie die Halle'sche Kriminalpolizei eine kommunistische Organisation auf, die sich über ganz Deutschland erstreckt. Die Organisation, die den Namen „Rote Hilfe“ trägt, hat den Zweck, Ausreisepapiere und Unterkunftsbedingungen für politische Flüchtlinge zu beschaffen, falls, wenn erforderlich, über die Grenze, meist nach Sowjetrußland, zu führen. Der Sekretär der „Roten Hilfe“ konnte verhaftet werden.

unter den vorliegenden zehn Liedern befinden sich bereits erlesene Proben einer tief gehenden Einfühlungskunst in Dichtungen von Heine, Sternberg, Heine, Rahmel. Der Sopran von Fr. Eise reicht allerdings bei weitem nicht aus, die Töne auch mit feinstem Gehalt zu erfüllen, während Herr Michael Dieck, ein C- und G-Sänger, seine gut geschulten, klaren Stimmen Mittel mit Gewandtheit in den Dienst des Liedes stellt. Die Herren Paul Gherhard (Klavier) und Rudolf Heinz (Violine) lösten ihre Aufgaben technisch einwandfrei. Die Begleitung der Rieder am Flügel führte der Komponist selbst mit vornehmer Zurückhaltung durch.

Das III. Kammermusikfest nahm vergangene Woche seinen Fortgang. Das Rose-Quartett führte uns in Beethoven's Welt hinein und brachte eines der Jugendquartette (op. 18 Nr. 4), aus denen uns noch Haydn's und Mozart's Stimmen rufen, dann das für sich stehende Streifenquartett und schließlich von dem letzten großen Quartett das in A-moll mit dem „Dankesfest eines Gutes“. Drei Stationen auf der Lebensbahn unseres Beethoven, von denen die beiden letzten Bekenntnisse einer schmerzhaften Seele sind. Alles, was an großen und tiefen Gedanken in diese erschütternden Offenbarungen gebannt ist, die Schmerzensbrücke einer an dem Rand der Verzweiflung gedrängten Seele, ihr Ringen um inneren Halt in Chaos dieser Welt, das Aufleuchten der Hoffnung und der Dank des Gutes, diese ergreifend geprägten Himmungen wurden von den Wiener Künstlern in vollendetem Zusammenspiel den Instrumenten abgerungen. Es öffneten sich Schilde, auf deren Grunde man zuckende Herzen zu sehen glaubte. Der Hauch transzendentaler Stimmen wurde verspürt, und man tauchte unter in die Atmosphäre, die aus mythischen Tiefen emporsteigt. Klänge der Visionen von solch überjünglicher Reuekraft werden nur geboren, wo sich mit der technischen Vollendung die geistige und seelische Einheit verbindet, die den seltenen Geist dieser Künstlervereinigung bildet. Schwelgende Ergriffenheit war angesichts solcher Darbietungen eine berechtigte Anerkennung als die lärmenden Dationen eines euklysianischen Publikums. Aber die drückende Spannung bedient sich des nächsten Ventils.

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

#### Schulsausschuss.

Der Unterrichtsminister Hummel betonte in der jüngsten Sitzung zu dem Antrag Dr. Schöfer über Einführung des Religionsunterrichts in den Handel- und Gewerbeschulen, daß diese Frage im Zusammenhang mit einer Reform des Hochunterrichts gelöst werden müsse. Die bevorstehende reichs- und landesgesetzliche Regelung gebe hierzu Gelegenheit. — Zu dem weiteren Antrag Dr. Schöfer auf Änderung des § 34 des badischen Schulgesetzes, wonach in Schulen mit einem Lehrer, sofern derselbe von seinem verfassungsmäßigen Recht der Niederlegung des Religionsunterrichtes Gebrauch macht, derselbe auf Antrag der Ortschulbehörde verfehrt werden könne, meint auch hier der Minister, die Frage müsse im Zusammenhang mit der Neuordnung unseres Schulgesetzes gelöst werden. Nach längerer Debatte, in der der demokratistische Redner betonte, daß die Zahl der Lehrer, die den Religionsunterricht niedergelegt haben, ganz gering sei, will ein Antrag den Antrag Schöfer dem Unterrichtsministerium zur Kenntnisnahme und Bewertung bei der allgemeinen Revision des Schulgesetzes überweisen. Ein sozialdemokratischer Antrag will in solchen Fällen die im Schulgesetz vorgesehene Vertretung durch einen anderen Lehrer desselben Bekenntnisses oder seitens der Kirche. Der Ausschuss beschließt, die Fraktionen zu hören und den Minister um nähere Darlegung einer weitergehenden Verfehrbarkeit der Lehrer für die nächste Sitzung zu eruchen.

Des Weiteren erklärte sich der Unterrichtsminister gegen jede Art von Schulstreik und stellte schärfstes Vorgehen der Unterrichtsverwaltung gegen Versuche, die Autorität und Ordnung in der Schule durch derartige Mittel zu erschüttern, in Aussicht.

### Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Offenburg, 18. Mai. Die Strafkammer Offenburg verhandelte gestern gegen eine Anzahl Bürger aus Offenburg, die angeklagt waren des Widerstandes, der Aufreißung, des Hausfriedensbruches, der Verleumdung, Verdröpfung, Verwirrungsbrechens usw., im Zusammenhang mit den bekannten Vorgängen vom 15. November vorigen Jahres. Es war damals, wie noch erinnerlich ist, bei der Durchsuchung nach Getreide zu erregten Szenen und zu großen Ausschreitungen gegen die mit dem Schutze der Durchsuchungskommission beauftragten Polizei gekommen. Das Gericht verurteilte den Landwirt August Strigel wegen Verdröpfung und wegen groben Unfugs zu 4 Wochen Haft, den Schmiedemeister Oser wegen Unfugs und Widerstandes zu einem Monat und einer Woche Gefängnis, den Landwirt Langenecker zu drei Monaten 1 Woche Gefängnis, den Schreiner Ell zu 1 Monat, den Schuhmacher Koenig zu 3 Monaten und den Arbeiter Blank und den Bäcker Kaepple zu je 2 Monaten Gefängnis, endlich eine Reihe weiterer Angeklagter zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen. Dem Kommando der Gruppe IV der badischen Polizei in Freiburg wurde die Veröffentlichungsbescheinigung zugesprochen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes stellte noch fest, daß das Vorgehen des Bezirksamtes durchaus berechtigt war und daß auch die Polizei bei der Durchführung des Auftrages vollkommen korrekt und einwandfrei vorgegangen sei.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Frankfurter Herbstmesse. Das Frankfurter Messamt teilt mit, daß in diesen Tagen die endgültigen Anmeldepapiere für die Beschäftigung der nächsten Frankfurter Internationalen Messe vom 25. September bis 1. Oktober zur Verfügung kommen. Der Anmeldebefehl für inländische Aussteller ist auf 1. Juni 1921 festgesetzt.

Der Freiwilige Sammlungen von Lebensmitteln in landwirtschaftlichen Kreisen für unterernährte Stadtkinder. Der gesundheitliche Zustand der badischen Schuljugend läßt es immer noch als dringender wünschenswert erscheinen, daß möglichst vielen Schulkindern der segensreiche Einfluß einer kürzeren oder längeren Erholungsfrist auf dem Lande zuteil wird. Auch in diesem Jahre will sich der Caritasverband der Erzbischöfe Freiburg und der Verein für innere Mission in Karlsruhe dieser wichtigen Aufgabe der Jugendwohlfahrt in Form einer freiwilligen Liebesleistung unterziehen. Um eine zweckdienliche und ausreichende Ernährung sicher zu stellen, soll auch in diesem Sommer wieder eine freiwillige Sammlung von Lebensmitteln in landwirtschaftlichen Kreisen durch die beiden genannten Wohlfahrtsvereine ins Werk gesetzt werden.

Das unter der Leitung von Dr. Swerlow stehende Balalaika-Orchester konzertierte an zwei Abenden im Eintrachtssaal. Der Vortrag dieser russischen Spieler und auch der mitwirkenden Sänger beruht in ihrer nationalen Echtheit. Sie haben nicht nur, wie dies bei derartigen Wandertruppen oft der Fall ist, die Attribute einer schlecht in i-tierten Musikalität nicht nur künstlich angelegtes Temperament, sondern sie sind echte Kinder des großen Russen mit den eingeborenen, eigentümlichen Kontrasten, die dort den Menschen oft in unheimlichem Wechsel aus schwüler Melancholie in einen rosigen Taumel ausgewählter Leidenschaft führen. An unerschütterlichen kommt dieser Charakter der russischen Volksseele in ihren Volksliedern und Volksstücken zum Ausdruck. In ihnen tönt die düstere Schwermut, die am Abend aus den weiten Ebenen aufsteigt, das heiße Sehnen, das schmale Mädchen in die Brust senkt, das großartige Rätsel, von dem ihre breiten Ströme geheimnisvoll kommen. Aber in ihnen klingt auch der Jubel ihrer Feste, die unstillbare Daseinslust, die sich bis zu zügelloser Ausgelassenheit vergräbt, die rast und tollt, bis der Becher der Freude auf den Grund geleert. Man hörte einzelne Stücke, die mit hinreißendem Temperament vorgetragen wurden, so daß man sich dem Zauber dieser Klänge nicht entziehen konnte. Ihre rhythmische Elastizität ist unumstößlich. Dr. Swerlow, der musikalische Leiter, legte seine ganze Leidenschaft in die Partitur, die er vom breitesten Kento in das mildeste Presto schiedert. Und das Orchester folgte ihm wie ein Mann. Die Übertragung Schubert'scher Lieder auf das Balalaika-Orchester bedeutet dagegen eine Entgleisung des guten Geschmacks.

Daselbst rhythmische Spiel, dieselbe Elastizität der Bewegung, dieselben jenen Wechsel von Tempo und Stimmung in den Tänzen. Ivan Orlik und Michael Claff sind prächtige Gestalten, in deren schlanken durchtrainierten Körpern männliche Kraft mit fast weiblicher Anmut gepaart ist. Die im Volksstümlichen beirrteten Tangelemente sind durch Klasse und Temperament veredelt, durch eine meisterhafte Technik bis zum Raffinement hinaufgehoben. Das Publikum war begeistert. Hugo Koller.

### Zum schriftlichen Verkehr mit Behörden.

Der Reichsfinanzminister hat verfügt, daß sämtlichen Schreiben an Behörden, auf die eine Antwort erwartet wird, ein Briefumschlag mit aufgeklebter, dem Posttarif entsprechender Marke durch den Antragsteller beizufügen ist, widrigenfalls in allen Fällen, in denen es sich lediglich um ein privates Interesse des Empfängers handelt, ein Bescheid grundsätzlich nicht erfolgt.

Mannheim, 18. Mai. Der hiesige Verkehrsverein hat beschlossen, gemeinsam mit der Ortsgruppe des Bundes Deutscher Architekten im September in Mannheim eine großstädtische Wohnungs- und Baustoffausstellung zu veranstalten. Zu gleicher Zeit wird die hafentechnische Gesellschaft Hamburg hier tagen.

Z. Mannheim, 12. Mai. Gestern abend gegen 11 Uhr drang ein Unbekannter in eine Wohnung in der Rheinbammstraße hier ein. Er knielte und band die allein zu Hause sich befindliche Ehefrau eines Verwaltungsassistenten an Händen und Füßen und verhierte deren Silberkette durch Verstopfen des Mundes mit einem Tuche. Der Täter raubte 6240 Mark bares Geld, eine goldene Damenuhr und ein goldenes Armband.

LPD. Freiburg, 13. Mai. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei billigte in einer Sitzung einmütig die Haltung der Reichstagsfraktion in ihrer nahezu einstimmigen Ablehnung des gemäßigten Ultimatums. Geschlossen, hieß es in einer Entschließung, ist die Auffassung der Partei ganz Badens in Zurückweisung unerfüllbarer Forderungen, deren in letzter Stunde erfolgte Annahme keineswegs Sicherheiten für eine der Ehre und dem Leben des deutschen Volkes Rechnung tragende Entwicklung bietet. Der geschäftsführende Ausschuss gibt der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß die Partei alle Möglichkeiten zur Aufrichtung eines umfassenden, inneren deutschen Widerstandes erschöpft hat und erblickt in der unverändert geschlossenen Haltung der Partei einen wertvollen Rückhalt in den kommenden schweren Tagen des Vaterlandes.

BL. Feldkirch, Amt Staufen, 16. Mai. Die 43jährige Verheiratete hatte bekanntlich die im Alter von 3½, 7 und 9 Jahre befindlichen Kinder ihres Bruders mit dem Beile erschlagen und sich dann auf dem Speicher erhängt. Die Kinder sind jetzt in einem gemeinsamen Grabe bestattet worden. Die Täterin soll schon längere Zeit Spuren von geistiger Umnachtung gezeigt haben. So wollte sie vor kurzem am hellen Tage im Rhein baden, ein Grenzwärter hat sie dann zurückgebracht. In der letzten Zeit wurden auch im Zusammenhang mit verschiedenen Brandstiftungen eine Anzahl Brandbriefe hier verschickt, man hält die Verheiratete als ihre Verfasserin.

LPD. Freiburg i. Br., 13. Mai. Reichsanwalt Dr. Witt hat auf die Begleichung durch den Oberbürgermeister und Stadtrat zur Übernahme des Reichsanwalteramtes das nachstehende Telegramm geschickt: Ihnen und dem Stadtrat meinen herzlichsten Dank für die Wünsche zu meiner Ernennung. Die Grüße meiner Heimatstadt haben mir wohlgetan. Wenn Land und Stadt und alle deutschen Stämme zusammenhalten, dann muß das schwere Werk der Wiederaufrichtung des Vaterlandes gelingen. Nicht Worte und Proteste können uns frei machen, sondern nur Leistungen und Arbeit ebnen den Weg zur deutschen Freiheit. Verständigung und Veröhnung mit allen denen, die guten Willens sind, ist das Ziel meiner Arbeit.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Jubelfeier des Gesangsvereins Badenia.

\* Der Gesangsverein „Badenia“ hat über Pfingsten die Feier seines 50jährigen Bestehens begangen. Die aus diesem Anlaß vorgesehenen Veranstaltungen, die zum Teil im Freien stattfanden, und von prächtigen Pfingstweiden begünstigt waren, nahmen einen würdigen und harmonischen Verlauf. Eine besondere Freude wurde dem Verein durch den Besuch des Deutschen Männergesangsvereins Zürich zuteil, der am Samstag nachmittag in einer Stärke von 250 Personen eintraf und in der großen Bahnhofshalle vom vollzähligen Chor der „Badenia“ selbst mit Sängergesang und traurem Lied, von Bürgermeister Forstmann namens der Stadt, von Stadtrat Menzinger namens des Verkehrsvereins und vom ersten Vorsitzenden der „Badenia“, Rieple namens der letzteren mit herzlichen Worten willkommen geheißen wurde. Der kraftvolle und rein gesungene Wahlspruch des Züricher Vereins und eine kurze Erwiderung seines Vorsitzenden bildeten den Dank der Gäste.

Das Jubiläumskonzert in der Festhalle brachte außer einer Reihe ausgezeichnet gesungener Chorvorträge die Bruchstücke Kantate „Fritzhof“ für Soli, Männerchor und Orchester. Sowohl der ausgezeichnete disziplinierte Chor wie die Solisten, Fräulein Hildegard Baumann vom Opernhaus in Köln und Herr Hermann Weil von der Staatsoper in Wien, nicht minder auch das Landestheaterorchester, wurden ihrer Aufgabe unter der mustergetreuen Leitung des Chormeisters Baumann in vorbildlicher Weise gerecht. Fräulein Baumann, deren schönes, tragfähiges, gut durchgebildetes und ausdrucksfähiges Organ zu hören einen besonderen Genuß bedeutete, und Herr Weil, der treffliche stimmliche Mittel und eine reife Technik verfügt, bereicherten das Programm durch eine Anzahl mit dankbarer Freude aufgenommener Solodarbietungen. Das unser Theaterorchester die Freischütz-Überburt mit prächtvoller Klanglicher Follendung spielte, bedarf kaum der besonderen Versicherung. An das Festkonzert schloß sich ein Ball im kleinen Festhallsaal. Am Sonntag nachmittag fand in Anwesenheit des Staatspräsidenten und weiterer Bezirksoberhäupter in der Festhalle statt. Die Gesangsvereine der Kreise, staatl. und städt. Behörden ein Bad Kreuznach, Mannheim, Bruchsal u. Konstanz hatten dazu Anordnungen entsandt, die der „Badenia“ ihre Glückwünsche überbrachten. Die Festrede hielt der Obmann des Badischen Sängerbundes, Dr. Krieg-Offenburg, der in begeisterten Worten die Bedeutung des Gesanges für das deutsche Volk und das deutsche Vaterland hervorhob. Der Deutsche Männergesangsverein Zürich und die „Badenia“ sangen herrliche Lieder und gaben neue Proben ihrer vorzüglichen Schulung und ihrer idealen Auffassung des Sängertums. Herr Opernsänger Kalbach sang das Preislied aus den Meisterfingern und ernste damit reichen Beifall. Den bewährten und verdienten Mitgliedern des Vereins wurden reiche Ehrungen zu teil.

Am Sonntag abend wirkten sowohl der Verein „Badenia“ wie der Männergesangsverein Zürich in dem von der Stadtverwaltung veranstalteten Abendkonzert im Stadgarten mit.

\* Der Stadtrat beantragte beim Bürgerausschuss die Bewilligung von zunächst 250 000 M. für die Gewässerung von Darlehen an Hauseigentümer, die Schwemmanalysation, Gas- und Wasserleitung einrichten wollen. Diese Darlehen sind innerhalb 10 Jahren zurückzahlbar. Für das einzelne Grundstück soll das Darlehen 6000 M. für den einzelnen Schuldner insgesamt 15 000 M. nicht übersteigen. Der Zinsfuß richtet sich nach der Höhe des Satzes, den die Stadt für ihre Anlehensmittel aufzuwenden hat.

# Badische Gemeindeschau.

## Verband der mittleren Städte Badens.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbands der mittleren Städte Badens hielt am 9. und 10. d. M. in Offenburg eine Sitzung ab. Über das Ergebnis der Beratungen geht uns der folgende Bericht zu:

Gegen den Ertragsteuergesetzentwurf werden verschiedene ernste Bedenken erhoben, die der Regierung und dem Landtag gegenüber zu vertreten sind. Soll bis zum Erlaß des endgültigen Gesetzes ein Notgesetz erlassen werden, so wird einmal gegen eine Rückwirkung auf 1. April 1920 Stellung genommen und ferner verlangt, daß die Beschränkung der Gemeinden in der Höhe der Umlage in Wegfall kommt.

Die Zusammenfassung des Landesschiedsgerichts in dem Gesetzentwurf zur Sicherung der einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung wird beanstandet. Die Verteilung der Gemeinden nach dem Vorschlag des Entwurfs wird als nicht ausreichend erachtet. Es soll paritätische Besetzung unter dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichtshofes beantragt werden.

Von der Errichtung einer selbständigen Bauvermittlungsstelle zur Skalkulation und dauernden Überwachung der Baupreise nach den Vorschlägen der städtischen Bauämter wird, auch mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten einer derartigen Einrichtung, Abstand genommen. Doch wird den Städten eine ständige Führung untereinander und mit den großen Städten dringend empfohlen.

Die Kosten der Ortspolizei sind durch die Maßnahme des Landes derartig gestiegen, daß die Gemeinden der Überzeugung sind, sie nicht mehr tragen zu können. Sie sind nur bereit, diejenigen Kosten zu tragen, die sie im Jahre 1919 tatsächlich bezahlt haben zuzüglich eines Aufschlages von 25 Prozent. Die Mehrbeträge müssen den Gemeinden vom Lande erstattet werden. Für die Vertretung dieses Standpunktes bei der Regierung wird ein Ausschuss gebildet.

Die Tariffrage für die Armenpflegekosten entspricht nicht mehr dem heutigen Geldwert. Da die grundsätzlich angustrebende einheitliche reichsgesetzliche Regelung wohl noch länger auf sich warten lassen wird, soll ein Zuschlag von 500 Prozent zu den Friedenssätzen beim Lande beantragt werden, und zwar gleichmäßig ohne Staffelung nach Ortsklassen.

Für die den Gemeinden aus der Aufhebung der Vorschulen infolge des Reichsgrundschulgesetzes erwachsenen Kosten muß voller Ersatz verlangt werden. Das Vorgehen des deutschen Stadtags in dieser Richtung ist zu unterstützen.

Die Prämien der verschiedenen Versicherungen der Gemeinden sind so außerordentlich gestiegen, daß eine andere Organisation der Versicherungen, sei es mit der Girozentrale Mannheim, sei es mit dem deutschen Stadtag und dem Reichsstadtebund ernstlich in Erwägung gezogen werden muß. Von dem Stand der Verhandlungen im Landtag über das Fürsorgegesetz wird Kenntnis genommen. Die Lösung kann weder vom Standpunkt der Gemeinden noch der Beamten als eine befriedigende angesehen werden. Es sind daher neue Anträge gestellt worden.

Die Absicht, Baden, Württemberg, Rheingebiet und Südbaden zu einem Bezirkswirtschaftsverband zusammenzuschließen, wird freudig begrüßt. Der Ausschuss unterstützt daher die Erhebung einer Wohnabgabe wieder hinausgeschoben ist, soll beim Ministerium beantragt werden, in größerem Umfang Baukostenzuschüsse zu gewähren, damit die Bautätigkeit noch im laufenden Sommer in Fluß kommen kann. Dabei spricht sich der Ausschuss entschieden gegen die Absicht aus, Bezirkswohnungsverbände zu bilden, weil darin nur eine

# Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

## Und nun an die Arbeit.

Unter dieser Überschrift schreibt der sozialdemokratische Abgeordnete im „Volkstribunal“ u. a. folgendes:

Mit Herrn Dr. Birth übernimmt zum viertenmale ein Badener das Kanzleramt (Prinz Max, Ebert, Fehrenbach, Dr. Birth). Herr Dr. Birth ist uns eine der sympathischsten Persönlichkeiten im Reichstage, ein ebenso ehrlicher Demokrat wie aufrichtiger Republikaner. Wir haben Herrn Dr. Birth schon gelernt, als er während des Krieges, als die O.H.R. in zäsurischer Willkürlichkeit, aber auch in zäsurischer Verblendung schaltete und waltete, gemeinsam mit uns energisch für die Soldaten eintrat und sich nicht abschrecken ließ, den Kampf gegen die täglich frasser in Erscheinung tretenden Missetäter im Meer aufzunehmen. Und dazu gehörte damals für einen bürgerlichen Parlamentarier immerhin Mut inmitten des allgemeinen und jammervollen Verfallens aller bürgerlichen Parteien. Herr Dr. Birth steht in der Vorkraft des Lebens und weicht einem Kampfe nicht aus, wenn dieser sich als notwendig erweist. Für jeden Demokraten und Republikaner darf die Persönlichkeit des neuen Kanzlers als eine solche gelten, die Vertrauen verdient. Eine ganz andere Sache ist es, ob unter den einmal und momentan gegebenen fürchterlichen Verhältnissen schließlich nicht auch das Kabinett Birth mit einem Fiasko enden wird.

Für unsere Genossen, wie sicherlich auch sonst allgemein, war der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung eine kleine Überraschung, ja, wir betreten durchsich kein Geheimnis, wenn wir sagen: auch der Fraktion selbst kam diese Wendung etwas überraschend. Aber am Montag und Dienstag wechselten hier die tatsächlichen Situationen geradezu stündlich, schließlich blieben für manche Entscheidungen nur noch Minuten übrig. Und es darf auch ganz ruhig und offen gesagt werden, daß die Personalauswahl aus dieser Sachlage zum Teil zu erklären ist; sie würde vermutlich bei dem einen oder anderen der neuen Kabinettsmitglieder anders getroffen worden sein, wenn eben nicht gleichsam mit der Uhr in der Hand Auswahl und Entscheidung hätten getroffen werden müssen.

Die Sozialdemokratie hat eine sehr, sehr schwere Bürde auf sich genommen, indem sie jetzt und bei dieser politischen Situation mit in das Kabinett eingetreten ist. Zum drittenmale bringt die Sozialdemokratie in einer für das deutsche Volk und für das deutsche Reich geradezu tragischen Situation das Opfer, sich in die Bresche zu werfen, um großes Unheil zu verhüten. Man hat es bisher miserabel gedankt, und zwar nicht nur von bürgerlicher Seite, sondern leider auch von einem Teile der

# Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat mit Entschluß vom 7. Mai d. J. den Polizeidirektor Dr. Julius Köpfer in Mannheim unter Verleihung der Amtsbezeichnung Oberamtmann in das Ministerium des Innern versetzt, den Regierungsrat Dr. Jakob Baden im Ministerium des Innern unter Einreichung in Gruppe XI der Befoldungsordnung zum Polizeidirektor in Mannheim ernannt.

Der von dem Fürsten von Fürstenberg auf die Pfarrei Schenkzell, Defanats Triberg, präferierte Pfarrer Franz Josef Bura, seither Stadtpfarrer an der Unteren Pfarrei in Mannheim, wurde am 24. April d. J. kirchlich eingeseht.

Der Herr Reichspräsident hat dem Betriebsinspektor Ernst Gerlin in Karlsruhe die nachgedachte Entlassung aus dem Reichseisenbahndienste mit Ruhegehalt erteilt.

# Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

## Und nun an die Arbeit.

Unter dieser Überschrift schreibt der sozialdemokratische Abgeordnete im „Volkstribunal“ u. a. folgendes:

Mit Herrn Dr. Birth übernimmt zum viertenmale ein Badener das Kanzleramt (Prinz Max, Ebert, Fehrenbach, Dr. Birth). Herr Dr. Birth ist uns eine der sympathischsten Persönlichkeiten im Reichstage, ein ebenso ehrlicher Demokrat wie aufrichtiger Republikaner. Wir haben Herrn Dr. Birth schon gelernt, als er während des Krieges, als die O.H.R. in zäsurischer Willkürlichkeit, aber auch in zäsurischer Verblendung schaltete und waltete, gemeinsam mit uns energisch für die Soldaten eintrat und sich nicht abschrecken ließ, den Kampf gegen die täglich frasser in Erscheinung tretenden Missetäter im Meer aufzunehmen. Und dazu gehörte damals für einen bürgerlichen Parlamentarier immerhin Mut inmitten des allgemeinen und jammervollen Verfallens aller bürgerlichen Parteien. Herr Dr. Birth steht in der Vorkraft des Lebens und weicht einem Kampfe nicht aus, wenn dieser sich als notwendig erweist. Für jeden Demokraten und Republikaner darf die Persönlichkeit des neuen Kanzlers als eine solche gelten, die Vertrauen verdient. Eine ganz andere Sache ist es, ob unter den einmal und momentan gegebenen fürchterlichen Verhältnissen schließlich nicht auch das Kabinett Birth mit einem Fiasko enden wird.

Für unsere Genossen, wie sicherlich auch sonst allgemein, war der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung eine kleine Überraschung, ja, wir betreten durchsich kein Geheimnis, wenn wir sagen: auch der Fraktion selbst kam diese Wendung etwas überraschend. Aber am Montag und Dienstag wechselten hier die tatsächlichen Situationen geradezu stündlich, schließlich blieben für manche Entscheidungen nur noch Minuten übrig. Und es darf auch ganz ruhig und offen gesagt werden, daß die Personalauswahl aus dieser Sachlage zum Teil zu erklären ist; sie würde vermutlich bei dem einen oder anderen der neuen Kabinettsmitglieder anders getroffen worden sein, wenn eben nicht gleichsam mit der Uhr in der Hand Auswahl und Entscheidung hätten getroffen werden müssen.

Die Sozialdemokratie hat eine sehr, sehr schwere Bürde auf sich genommen, indem sie jetzt und bei dieser politischen Situation mit in das Kabinett eingetreten ist. Zum drittenmale bringt die Sozialdemokratie in einer für das deutsche Volk und für das deutsche Reich geradezu tragischen Situation das Opfer, sich in die Bresche zu werfen, um großes Unheil zu verhüten. Man hat es bisher miserabel gedankt, und zwar nicht nur von bürgerlicher Seite, sondern leider auch von einem Teile der

# Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat mit Entschluß vom 7. Mai d. J. den Polizeidirektor Dr. Julius Köpfer in Mannheim unter Verleihung der Amtsbezeichnung Oberamtmann in das Ministerium des Innern versetzt, den Regierungsrat Dr. Jakob Baden im Ministerium des Innern unter Einreichung in Gruppe XI der Befoldungsordnung zum Polizeidirektor in Mannheim ernannt.

Der von dem Fürsten von Fürstenberg auf die Pfarrei Schenkzell, Defanats Triberg, präferierte Pfarrer Franz Josef Bura, seither Stadtpfarrer an der Unteren Pfarrei in Mannheim, wurde am 24. April d. J. kirchlich eingeseht.

Der Herr Reichspräsident hat dem Betriebsinspektor Ernst Gerlin in Karlsruhe die nachgedachte Entlassung aus dem Reichseisenbahndienste mit Ruhegehalt erteilt.

## Die mit Württemberg und Hessen gemeinschaftlichen Sachverständigenkammern betr.

Nach Entschluß des Württembergischen Herrn Staatspräsidenten vom 22. April d. J. ist der Kunstmaler Hermann Friebe in Stuttgart zum stellvertretenden Mitglied der Sachverständigenkammer für Werke der bildenden Künste für Württemberg, Baden und Hessen ernannt worden. Er ersetzt den verstorbenen Lithographen Max Seeger.

Karlsruhe, den 9. Mai 1921.

Zustimmungsminister  
Der Ministerialdirektor:  
Bernauer.

## Höchstpreise für Brennholz betr.

Die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, Höchstpreise für Brennholz betr., vom 28. Januar 1920 in der Fassung der Bekanntmachungen vom 21. April und 16. Dezember 1920 (Karlsruher Zeitung Nr. 26, 22 und 202) wird auf dem Zeitpunkt der Verkündung der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 7. Mai 1921, den Verkehr mit Brennholz betr., mit der Maßgabe aufgehoben, daß:

1. die Bestimmungen der §§ 1-6 weiterhin gelten für die Preisobergrenzen der Holzarten, die in der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 7. Mai 1921, den Verkehr mit Brennholz betr., auf Grund der früher geltenden Vorschriften erfolgt sind.
2. die gemäß § 11 in den Städten und Gemeinden festgesetzten Verkaufspreise so lange in Geltung bleiben, bis sie von dem Stadtrat oder Gemeinderat aufgehoben werden.

Karlsruhe, den 7. Mai 1921.  
Badisches Ministerium des Innern.  
K e m m e l e. Braun.

# Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.

- |   |  |   |  |   |   |
|---|--|---|--|---|---|
| <b>Säckingen.</b> Z. 207<br>Zum Genossenschaftsregister O.-Z. 28, die Gemeinnützige Baugenossenschaft Murg e. G. m. b. H. in Murg betr., wurde heute eingetragen:<br>Die Liquidation ist beendet.<br>Säckingen, 11. Mai 1921.<br>Badi. Amtsgericht. | <b>Baden.</b> Z. 252<br>Vereinsregisterantrag Band I O.-Z. 59 vom 10. Mai 1921 — I. Baden-Wadener Geselliger, Raunischen und Taubens-Buchverein in Baden-Baden.<br>Baden, 10. Mai 1921.<br>Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts. | <b>Wollsch.</b> Z. 253<br>In das Vereinsregister Band I wurde unter Nr. 10 eingetragen: Fußball-Klub Vorwärts, Wollsch. Die Satzung ist am 8. Januar 1921 errichtet. Vorstand im Sinne des § 26 BGB. ist der I. Vorsitzende und im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter, der II. Vorsitzende. I. Vorsitzender: Wilhelm Freitaler, Schreiner in Wollsch. II. Vorsitzender: Rudolf Blattner, Wollsch.<br>Wollsch., 12. Mai 1921.<br>Amtsgericht. | <b>Säckingen.</b> Z. 208<br>In das Genossenschaftsregister O.-Z. 15, die Baugenossenschaft Bad. Rheinfelden e. G. m. b. H. in Bad. Rheinfelden betr., wurde heute eingetragen:<br>Kaufmann Rudolf Jung ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Buchhalter Wilhelm Braun in Bad. Rheinfelden ist in den Vorstand gewählt.<br>Säckingen, 11. Mai 1921.<br>Badi. Amtsgericht. | <b>Säckingen.</b> Z. 209<br>In das Vereinsregister Band VIII O.-Z. 62 wurde heute eingetragen:<br>„Gesellschaft Botten, Mannheim.“<br>Mannheim, 13. Mai 1921.<br>Badi. Amtsgericht B. G. 4. | <b>Säckingen.</b> Z. 208<br>In das Vereinsregister Band VIII O.-Z. 62 wurde heute eingetragen:<br>„Gesellschaft Botten, Mannheim.“<br>Mannheim, 13. Mai 1921.<br>Badi. Amtsgericht B. G. 4. |
|---|--|---|--|---|---|

# Ämliche Bekanntmachungen.

- Das Baden in der Alb betr.**  
Es wird darauf hingewiesen, daß das Baden in der Alb in der Gemarkung Karlsruhe nur auf dem Gelände des erweiterten Luft- und Sonnenbades des Naturheilvereins nordwestlich Klein-Ruppurr erlaubt ist. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 75 Str.-G.-B. und § 1 der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 26. Mai 1885 bestraft.  
Karlsruhe, den 6. Mai 1921.  
Bezirksamt. — Polizeidirektion. O.-Z. 77
- Feststellung von Baufluchten im Gelände bei der ehemaligen Karlsruher- und Rheinthalbahn nördlich der Kaiserallee betreffend.**  
Die Straßen- und Baufluchten im Gelände bei der ehemaligen Karlsruher- und Rheinthalbahn nördlich der Kaiserallee sind endgültig festgestellt worden. Der Plan kann während zwei Wochen auf dem Rathaus, dritten Stock, Zimmer Nr. 100 und dem Bezirksamt, Zimmer 29, eingesehen werden.  
Karlsruhe, den 11. Mai 1921.  
Bezirksamt. O.-Z. 80

# Zahlungsaufforderung.

Die 2. Hälfte der Gebäudeversicherungsbeiträge für 1919 muß spätestens am 18. Mai l. J. entrichtet werden. Vom 19. Mai l. J. an werden Verzugsgebühren und vom 25. Mai an Pfändungsanordnungsgebühren erhoben. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargeldlos.  
Karlsruhe, den 11. Mai 1921.  
Finanzamt.

# Bekanntmachung.

**Landwirtschaftskammerwahlen 1921 betr.**  
Für die Wahl der Vertreter der Unternehmer zur Landwirtschaftskammer am 22. Mai 1921 ist aus meinem Wahlbezirk nur eine Wahlvorschlagsliste bei mir eingereicht worden: Diese Wahlvorschlagsliste, welche auf folgende Namen lautet:

1. August Bachs, Gutsbesitzer Winklerhof bei Rotenfels Amt Nastatt.
2. Karl Joller, Landwirt in Durlach.
3. Ludwig Red, Bürgermeister und Landwirt in Eggenstein Amt Karlsruhe.
4. Josef Ziegelmeier, Bürgermeister in Langenbrücken Amt Bruchsal.
5. Gottlieb Spielberger, Landwirt in Ruit Amt Bretten.
6. Johann Rudenbrod, Landwirt in Wintersdorf Amt Nastatt.
7. Wilhelm Eisenhardt, Stadtrat und Landwirt in Baden-Lichtenal.

wurde heute vom Hauptwahlausschuß als gültig festgestellt.  
Gleichzeitig wurden, da eine weitere gültige Vorschlagsliste nicht vorliegt, die Genannten als gewählt erklärt.  
Eine weitere Wahlhandlung hat somit am 22. Mai 1921 nicht mehr stattzufinden.  
Karlsruhe, den 13. Mai 1921.  
Der Landeskommissar als Wahlkommissar von Witleben.

# Das Murgkraftwerk.

Maßgebende Gesichtspunkte beim Bau elektrischer Wasserkraft-Anlagen  
Von  
Dr. Hans Schutzer  
Preis Mk. 6.40  
Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

# Grundstücksbüro Schütze

Hunderterte von Grundstücken jeder Art in allen Gegenden Deutschlands zu verkaufen. Vermittlungen von Grundstücken übernimmt Filiale Karlsruhe-Rheinheim Ernststr. 39. 40 eig. Filialen. Größt. Unternehmen [1917]

# Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitliche Gerichtsbarkeit. Öffentliche Zustellung eines Klage.  
Z. 168.2 Waldbrunn. Der Rechtsanwältin Theodor Herfert in Waldbrunn klagt gegen den Handelsmann Leonhard Ruth, früher in Gelnhausen, jetzt unbekannt Aufenthalt, unter der Behauptung, daß der Beklagte ihm aus anwaltlicher Tätigkeit vom Jahre 1920 und 1921 1060 M. 20 Pf. schulde, mit dem Antrage auf kostenpflichtige, nötigenfalls gegen Sicherstellungsleistung vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 1060 M. 20 Pf. nebst 4 Prozent Zins hieraus seit dem Klageaufstellungstage.  
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das badische Amtsgericht in Waldbrunn auf Donnerstag, den 14. Juli 1921, vormittags 8 Uhr, geladen.  
Waldbrunn, 3. Mai 1921.  
Der Gerichtsschreiber des Badi. Amtsgerichts.

# Verchiedene Bekanntmachungen.

**Ruhholzversteigerung des Bad. Forstamts Oberweiler** am Dienstag, den 31. Mai 1921, früh halb 10 Uhr, im Waldhofhotel in Mühlheim. F. u. L. a. Stämme u. Abfchn. aller Klassen 703,87 Fhm., Kapverholz 240 Ster. Losausgabe d. d. Forstamt.  
Grab-, Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-, Dachdecker-, Blechner-, Verputz-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser- und Antreierarbeiten, zur Herstellung von Stockaufbauten auf die Zuschüssen des Lokalmatrosenvereins A im Waldhof Offenburg, sind auf Grund der Bestimmungen über das Verdingungswesen zu vergeben. Die Bedingungenunterlagen liegen auf dem Dienzimmer unerer Hochbauinspektoren zur Einsicht auf. Angebotsabdrude dort erhältlich. Die Angebote sind verschlossen, postfrei, mit der nötigen Aufschrift versehen, bis Mittwoch, den 25. Mai, vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen. Z. 149.2 Offenburg, 9. Mai 1921. Bahnbauinspektion.

**Zu 79 Gemeinamer Dinnertarif der Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gez. (Badische Nebenbahnen).** Zum vorher bezeichneten Tarif erscheint mit Gültigkeit vom 1. Juni d. J. der Nachtrag 6. Durch denselben treten neben sonstigen Änderungen Tarifänderungen in Personenzug- und Gepäckverkehr ein. Die Abführung der Veröffentlichungsfrist gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der Eisenbahntarifverordnungsordnung. Nähere Auskunft erteilt die Untertarife. Z. 226 Berlin, 13. Mai 1921. Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktien-Gesellschaft.

## Mitteldeutsche Creditbank

Kapital und Reserven 110 Millionen Mark.

### Filiale Karlsruhe

Vermittlung aller Bankgeschäfte.

---

## Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 18. Mai 1921, 6 bis gegen 9 Uhr. M. 20.-

Zum  
**Die tote Stadt.**  
Von Erich Wolfgang Korngold.